

An die Bezirkshauptmannschaft  
An den Stadtmagistrat



## Konzessionsansuchen und Geschäftsführer- genehmigung um Vermehrung der Anzahl der Kraftfahrzeuge zur Ausübung der gewerbs- mäßigen Beförderung von Personen mit Personenkraftwagen

Name (Vereinsname, Firmenname, Genossenschaftsname), Rechtsform
---

Sitz (Geschäftsanschrift)	Firmenbuchnummer
---------------------------	------------------

Telefonisch erreichbar (Vorwahl, Telefonnummer)	GISA-Zahl
---	-----------

**Wir beantragen die Erteilung der Genehmigung zur Vermehrung  
der Anzahl von Personenkraftwagen**

von derzeit ..... PKW	auf ..... PKW
-----------------------	---------------

im Standort: Straße, Hausnummer (Büroadresse)	Postleitzahl, Ort
---	-------------------

**Gleichzeitig ersuchen wir um Genehmigung der Bestellung unten  
angeführter Person zum gewerberechtl. Geschäftsführer**

Familienname	Familienname (zur Zeit der Geburt)
--------------	------------------------------------

Vorname(n)	Akad. Grad, Bez.	Staatsangehörigkeit	Geschlecht
------------	------------------	---------------------	------------

Geburtsdatum, Geburtsort	Sozialversicherungs-Nr. Dienstgeberkonto-Nr.
--------------------------	---

Wohnsitz (Postleitzahl, Gemeinde, Straße, Nr)	Telefonisch erreichbar (Vorwahl, Telefonnummer)
---	---

<b>Datum:</b>	<b>Firmenmäßige Fertigung:</b>
---------------	--------------------------------

## Beilagen

- Erklärung über das Nichtvorliegen von Gewerbeausschließungsgründen des gewerberechtl. Geschäftsführers
- Nachweis über Abstellplätze (Erläuterung siehe unten)
- Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit (Erläuterung siehe unten)

Die Beilagen sind  im Original  
 gerichtlich oder notariell beglaubigt angeschlossen.

Diesem Antrag sind \_\_\_\_\_ Beilagen angeschlossen.

## Erläuterungen zu den Beilagen

- **Nachweis für Abstellplätze**  
Im Verfahren zur Erteilung einer Konzession im Gelegenheitsverkehrsgesetz sind entsprechend dem beabsichtigten Konzessionsumfang in der in Aussicht genommenen Standortgemeinde oder einer daran unmittelbar angrenzenden Gemeinde die erforderlichen Abstellplätze außerhalb von Straßen mit öffentlichem Verkehr nachzuweisen.
- **Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit**  
(Bankbestätigung, Bestätigung des Steuerberaters)  
Gemäß § 2 Abs. 2 Z. 2 Berufszugangsverordnung Personenkraftverkehr, BGBl. Nr. 889/1994, muss das Unternehmen jedenfalls über Eigenkapital und unversteuerte Rücklagen verfügen die sich für das Personenbeförderungsgewerbe mit PKW auf mindestens 7500 Euro für jedes Fahrzeug belaufen.

### Hinweise zum Datenschutz

Zur Bearbeitung Ihres Anliegens bzw. zur Durchführung des Verfahrens werden personenbezogene Daten verarbeitet. Informationen zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten finden Sie unter:  
<https://www.tirol.gv.at/buergerservice/datenschutz/>